

Abschlussbericht

Aktenzeichen:	AZ 38220/01
Vorhabentitel:	Stärkung von innovativen kreislaufgerechten Bau- und Dämmstoffen, Bauteilen und Bauprozessen
Kurztitel:	Innovative Kreislaufwirtschaft am Bau
Förderbereich:	Förderthema 4: Klima- und ressourcenschonendes Bauen
Projektgesamtkosten:	220.000€
Beantragter Fördermittelanteil:	50 %
Projektlaufzeit:	24 Monate (01.10.2022 – 30.09.2024)
Antragssteller:	Deutsche Umwelthilfe e.V. Hackescher Markt 4 10178 Berlin Email: info@duh.de Telefon 030 2400867-0 Telefax 030 2400867-19 - Anzahl Beschäftigter Personen: 197 Mitarbeitende plus 29 studentische Aushilfen (Ende des Jahres 2024) Haushaltsvolumen: 20.261.676 Euro im Jahr 2023
Ansprechpartnerin:	Barbara Metz Bundesgeschäftsführerin Tel. +49 7732 9995-0 Fax +49 7732 9995-77 metz@duh.de

Stand: 20.12.2024

Inhaltsverzeichnis

1. Kurzfassung des Projekts.....	3
2. Gegenstand und Zielsetzung des Projektes	4
3. Umgesetzte Projektbausteine und -maßnahmen.....	5
4. Durchgeführte Maßnahmen und erzielte Projekterfolge.....	6
5. Kostenabwicklung	23
6. Zeitplanung	24
7. Erfüllung von Bewilligungsaufgaben	25
8. Ausblick	29
9. Anhang	30

1. Kurzfassung des Projekts

Im Rahmen des Projekts konnte die Deutsche Umwelthilfe die innovative Kreislaufwirtschaft am Bau im politischen Diskurs voranbringen. Hierzu war sie im Projektzeitraum in zahlreiche rechtliche und politische Prozesse eingebunden, wie z.B. die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, die Novellierung des Vergaberechts, die Überarbeitung der Gewerbeabfallverordnung, die Erarbeitung der Abfallende-Verordnung sowie europäische Gesetzgebungsprozesse, wie z.B. die EU-Bauproduktenverordnung und die Ökodesign-Verordnung. Dabei wurde dazu beigetragen, die rechtlichen Weichen für eine ökologische Bauweise zu stellen und ein allgemeines Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ökologischen Baupraxis unter allen baurelevanten Akteur:innen zu schaffen.

Ziel des Projekts war es näher, den Einsatz innovativer, kreislauffähiger Bau- und Dämmstoffe sowie Bauteile und Bauprozesse zu fördern, die öffentliche und private Beschaffung zu unterstützen und den rechtlichen Rahmen für die Kreislaufführung von Baustoffen und -produkten zu verbessern. Erreicht wurde dies durch diverse Aktivitäten, wie die Organisation von Fachgesprächen und eines Workshops, die Teilnahme und Organisation von politischen Veranstaltungen sowie über Pressearbeit und Veröffentlichungen von informativen Papieren. Ergänzend durch Behördenabfragen und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, konnten praxisorientierte Lösungen und konkrete Handlungsempfehlungen für die Integration von Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich erarbeitet sowie Druck auf Entscheidungstragende erzeugt werden. Somit wurden wichtige Schritte zur Erschließung notwendiger Umweltschutzpotenziale durch kreislaufgerechtes und ressourcenschonendes Bauen wirkungsvoll umgesetzt.

2. Gegenstand und Zielsetzung des Projektes

Auf den Bau- und Gebäudesektor fallen derzeit rund 35 % des Energieverbrauchs und fast 40 % der jährlichen CO₂-Emissionen Deutschlands.¹ Die CO₂-Emissionen für Gebäude allein aus der Herstellung, Errichtung und Entsorgung von Bau- und Dämmstoffen belaufen sich auf etwa 8 % der deutschen Gesamtemissionen pro Jahr.² Gleichzeitig werden über 55 % des deutschen Abfallaufkommens vom Baubereich verursacht³ und nur 13 % tatsächlich für den Ersatz von Primärrohstoffen eingesetzt⁴.

Diese Umweltauswirkungen ließen sich massiv reduzieren, indem insbesondere die Kreislauffähigkeit von Gebäuden und Bauprodukten verbessert würde, etwa in Bezug auf das Produktdesign, die Baukonzeption, die Herstellung der Baustoffe sowie den selektiven Rückbau und die Behandlungs-/Aufbereitungsverfahren der Abfälle. Tatsächlich wurden in den letzten Jahren bereits viele praxistaugliche Ansätze zur hochwertigen Kreislaufführung entwickelt, etwa Bauteillager für aufbereitete Baukomponenten, Baustoffe aus Recyclingmaterial, hochwertige Recyclingverfahren, herstellereigene Rücknahmesysteme oder digitale Anwendungen für den Wissenstransfer. In der Breite ist die Kreislaufwirtschaft am Bau jedoch noch nicht vorhanden. Es gilt nun dieses enorme Potenzial für den Umweltschutz zu heben, indem das Wissen über innovative Ansätze in Politik und Praxis vermittelt, der gesetzliche Rahmen an die neuen Herausforderungen angepasst und die Rolle der öffentlichen Hand als Vorreiterin genutzt werden.

Mit dem Projekt „Innovative Kreislaufwirtschaft am Bau“ erweiterte die DUH den dämmstoffbezogenen Fokus des letzten durch die DBU geförderten Projektes auf alle Baustoffe und wirkt damit konkret an einer Verbesserung der gelebten Kreislaufwirtschaft am Bau mit. Ziel ist es, den Einsatz innovativer kreislauffähiger Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozesse auszuweiten, den Rechtsrahmen für die Kreislaufführung am Bau zu verbessern und die private und öffentliche Beschaffung bei der Auswahl umweltfreundlicher und kreislaufgerechter Bauprodukte zu unterstützen. Mithilfe von themenspezifischen Fachgesprächen, Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Akteur:innen, behördlichen Abfragen und Einzelgesprächen mit den relevantesten Stakeholdern wurden essentielle Daten erhoben, relevante Herausforderungen erörtert und praktische sowie politische Lösungen erarbeitet und vermittelt. Diese neuen Handlungsempfehlungen wurden durch wirksame Öffentlichkeitsarbeit, etwa ein politisches DUH-Positionspapier, ein Infopapier über kreislaufrelevante und nachhaltige Kriterien von Bau- und Dämmstoffen sowie Unterstützungsdokumente mit begleitendem Webinar für die ökologische Beschaffung einem breiten Publikum bereitgestellt. Mit diesen spezifischen Aktivitäten adressierten wir Praxisakteur:innen (z.B. Planer:innen, Bauherr:innen und Hersteller:innen), Politik (z.B. Sprecher:innen für Kreislaufwirtschaft und Bau der demokratischen Bundestagsparteien), Vollzugsbehörden (z.B. Umweltämter der Länder) und Akteur:innen der öffentlichen und privaten Beschaffung (z.B. BImA).

Die DUH will mit diesem Projekt die nachhaltige Bauwende voranbringen und besonders dazu beitragen, die Umweltschutzpotentiale der Kreislaufwirtschaft am Bau zu realisieren.

3. Umgesetzte Projektbausteine und -maßnahmen

Um effektiv die Umweltschutzpotentiale im Bau- und Gebäudebereich zu heben, adressierten wir drei Themenbereiche in diesem Projekt mit spezifischen Aktivitäten:

1. **Rechtsrahmen für innovative Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozesse verbessern**
2. **Einsatz innovativer kreislauffähiger Baustoffe ausweiten**
3. **Ökologische Beschaffung umsetzen**

Arbeitspakete	Aktivitäten	Zeitraum
1 Rechtsrahmen für innovative Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozesse verbessern	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Organisation eines politischen Fachgesprächs „Mehr Recycling von Baustoffen ermöglichen“ ✓ Erarbeitung und öffentlichkeitswirksame Veröffentlichung eines DUH-Positionspapiers ✓ Abfragen bei Bundesländern, Regierungspräsidien, Beschaffungsämtern und Abfallbehörden <ul style="list-style-type: none"> ○ zum Vollzug der gesetzlichen Getrennthaltungspflicht ○ zur Umsetzung des Deponierungsverbots von Baustoffen ✓ Intensive Öffentlichkeitsarbeit zu den Ergebnissen der Behördenabfragen 	M1-M9 01.10.2022 - 01.07.2023
2 Einsatz innovativer kreislauffähiger Baustoffe ausweiten	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Organisation eines Fachgesprächs zur Frage „Was ist ein nachhaltiger Baustoff?“ ✓ Erarbeitung eines Infopapiers über wichtige Nachhaltigkeitskriterien von Bau- und Dämmstoffen ✓ Intensive Öffentlichkeitsarbeit zum Infopapier ✓ Erstellung einer Projekt-Webseite 	M7-M13 01.05.2023 - 01.11.2023
3 Ökologische Beschaffung umsetzen	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Organisation eines Fachgesprächs „Ökologische Beschaffung von kreislauffähigen Bau- und Dämmstoffen, Bauteilen und Bauprozessen stärken“ ✓ Abfragen bei Bundesländern, Regierungspräsidien, Beschaffungsämtern und Abfallbehörden zur <ul style="list-style-type: none"> ○ Umsetzung der Bevorzugungspflicht für nachhaltige Bau- und Dämmstoffe ○ aktuellen kreislaufgerechten Baupraxis ✓ Intensive Öffentlichkeitsarbeit zu den Ergebnissen der Behördenabfragen ✓ Erarbeitung und Veröffentlichung einer Analyse bereits vorhandener ökologischer Bewertungssysteme für die Beschaffung von nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen ✓ Erarbeitung beispielhafter Vergabekriterien bzw. Leitlinien für die Ausschreibung und Auswahl innovativer kreislauffähiger Baustoffe durch die öffentliche Hand ✓ Organisation eines „Webinars“ zur ökologischen Beschaffung von Baustoffen 	M7 – M24 01.05.2023 - 30.09.2024

Arbeitspakete	Aktivitäten	Zeitraum
	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Anschreiben an öffentliche Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und Kommunen sowie an große privatwirtschaftliche Beschaffer 	

4. Durchgeführte Maßnahmen und erzielte Projekterfolge

Arbeitspaket I:

Rechtsrahmen für innovative Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozesse verbessern

Bei der Gestaltung der für eine Anwendung innovativer kreislauffähiger Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozesse wichtigen Rechtselemente, wie etwa digitalen Material-/Gebäudepässen, Rückbau- und Recyclingkonzepten bei Bauvorhaben, materialspezifischen Rezyklateinsatz- und Recyclingquoten und verbindlichen Bauteilsichtungen bei Rückbauvorhaben kommt es darauf an, dass diese mit Blick auf die Möglichkeiten der Praxis zügig umgesetzt werden. Um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten für innovative und kreislauffähige Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozesse bereits heute existieren, machten wir vorhandene Best-Practice-Ansätze bekannt. Auch kommt es darauf an, die Ausweitung und Umsetzung vorhandener sowie geplanter Vorzeigebispiele aus der Praxis zu vereinfachen, etwa indem Genehmigungsverfahren für die Rücknahme und das Recycling von Bauabfällen erleichtert und Normen an neue Einsatzmöglichkeiten von rezyklatbasierten Baustoffen angepasst werden.

Umgesetzte Aktivitäten im Arbeitspaket I:

Fachgespräch „Mehr Recycling von Baustoffen ermöglichen“:

- ✓ **Erfolgreiche Umsetzung des DUH-Fachgesprächs „Mehr Recycling von Baustoffen ermöglichen“ – mit mehr als doppelt so vielen Teilnehmenden als geplant**

Am 18.11.2022 fand das **Fachgespräch „Mehr Recycling von Baustoffen ermöglichen. Verbesserung des Rechtsrahmens für das Recycling von Baustoffen“** digital statt. **Mit mehr als 150 Teilnehmenden** und ca. 190 Anmeldungen stieß die Veranstaltung auf besonderes großes Interesse und betonte die aktuelle Relevanz der Kreislaufwirtschaft am Bau.

Impulse und Best-Practices aus Praxis, Wissenschaft und ausländischem Recht

Das erfolgreiche Fachgespräch beinhaltete fundierte Vorträge, eine lebendige Diskussion sowie einen wertvollen Austausch zwischen Akteur:innen aus verschiedenen Branchen. Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass wir einen besseren politischen Rechtsrahmen, u.a. im Bau-, Abfall-, Schadstoff- sowie Vergaberecht, für das Recycling und die Wiederverwendung von Baustoffen brauchen, um die Kreislaufwirtschaft am Bau in die breite Praxis zu tragen. Hierfür braucht es verbindliche Anforderungen, Fördermaßnahmen wie auch Vergabekriterien, die die Grundlage für ein kreislaufgerechtes, ressourcenschonendes, klimazielkonformes Sanieren und Bauen bieten kann.

Im inhaltlichen Teil der Veranstaltung referierten Frau Sandra Giern (BDE), Frau Dr. Ingrid Winter (Steiermärkische Landesregierung) und Frau Prof. Anja Rosen (Honorarprofessorin an der Universität Wuppertal) zu Empfehlungen, Herausforderungen und praxistauglichen Ansätzen rund um das Recycling von Baustoffen. So wies Frau Giern u.a. auf aktuelle stoffliche Nutzungswege von Bau- und Abbruchabfällen sowie auf Herausforderungen im Abfallrecht hin. Frau Prof. Rosen zeigte die bereits

heute nutzbaren Recyclingpotentiale von Baustoffen u.a. anhand des entwickelten Urban Mining Index auf. Frau Dr. Winter berichtete zur österreichischen Recycling-Baustoffverordnung und veranschaulichte damit eine mögliche Gesetzgebung für Deutschland.

Hochkarätige politische Diskussion zum Thema Kreislaufwirtschaft am Bau

Anschließend diskutierten Frau Dr. Susanne Lottermoser (BMUV), Dirk Scheinemann (BMWSB), Dr. Alexander Röder (IBU), Prof. Anja Rosen (Universität Wuppertal), Sandra Giern (BDE) und Barbara Metz (DUH) im Rahmen einer politischen Podiumsdiskussion. Durch die unterschiedlichen Ansichten der Diskutant:innen entstand ein sehr wertvoller Diskurs, der die aktuellen Herausforderungen in der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft am Bau aufzeigte und hierbei die Komplexität dieses Themas verdeutlichte. So wurden von Frau Dr. Lottermoser und Herrn Scheinemann die aktuellen Maßnahmenpläne der jeweiligen Bundesministerien vorgestellt; etwa die Kreislaufwirtschaftsstrategie, der Maßnahmenkatalog aus dem „Bündnis bezahlbares Wohnen“ und weiterführende Instrumente zur Förderung der Kreislaufwirtschaft am Bau. Anschließend gab Herr Dr. Röder wichtige Impulse zur Beschreibung der Kreislauffähigkeit und Bewertungen von Bauprodukten.

Viel Zustimmung diskutierter Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft am Bau

Es ist deutlich geworden, dass für eine gute Umsetzung von Kreislaufwirtschaft am Bau alle beteiligten Akteur:innen eingebunden werden müssen. Damit einhergehend müssen die jeweiligen Rechtsgebiete verzahnt werden, um das Kreislaufwirtschaftspotential im Bausektor zu heben. Die Diskussion zeigte zudem, dass einige Maßnahmen bereits viel Zustimmung fanden, etwa die verpflichtende Bauteilsichtung in der Planungsphase, eine Überarbeitung des Abfallrechts, eine Sicherstellung der sortenreinen Bau- und Abbruchabfälle zur Wertstoffgewinnung aus dem Rückbau, wettbewerbsfähige Sekundärstoffe, eine einheitliche Beschreibung von Umweltauswirkungen von Bauprodukten und Bauwerken, Sicherstellung der Rückbaufähigkeit von Gebäuden sowie ein obligatorischer Gebäude(-ressourcen)pass. Weitere Maßnahmen wie materialspezifische Rezyklateinsatzquoten sind wichtig, müssen aber anhand der Verfügbarkeiten der Materialien gestaltet sein. Auch eine erweiterte Produktverantwortung der Hersteller:innen könnte eine Lösung sein, um Kreisläufe zu schließen.

Wir brauchen einen angepassten politischen Rechtsrahmen, um die Kreislaufwirtschaftspotentiale im Bausektor zu heben

Ergebnis dieser erfolgreichen Veranstaltung war, dass die Grundlage für eine Verbesserung der Kreislaufwirtschaft am Bau ein geeigneter, politischer Rechtsrahmen sein muss, der eine sinnvolle Verbindung von Baurecht, Abfallrecht und Gefahrstoffrecht herstellt und ihren Vollzug sicherstellt. Zudem sollte der Bestand nicht nur in den Fokus der Baumaßnahmen gelangen, sondern als Rohstofflager mehr an Relevanz gewinnen. Schlussendlich muss die öffentliche Hand mit verbindlichen Mindestanforderungen an kreislaufgerechtes und ressourcenschonendes Sanieren und Bauen, eine Begründungspflicht zur ökologischen Beschaffung und gleichzeitiger Unterstützung, etwa durch einen Best-Practice Pool, als Treiber der Bauwende auftreten. So kann die Kreislaufwirtschaft am Bau endlich an Fahrt aufnehmen, um die nötigen Umweltschutzpotentiale zu heben.

✓ Erarbeitung und öffentlichkeitswirksame Veröffentlichung eines DUH-Positionspapiers

Im Rahmen eines Pressehintergrundgesprächs am 12.12.23 sowie einer Pressemitteilung am 14.12.23 wurde das DUH-Positionspapier *10-Punkte-Plan "Kreislaufwirtschaft am Bau umsetzen - Ressourcen schonen und Klima schützen!* erfolgreich veröffentlicht. Das DUH-Positionspapier stellt den Output der vielen Stakeholdergespräche und des Fachgesprächs zur Verankerung wichtiger Rechtselemente für die

Kreislaufwirtschaft am Bau und eine ökologische öffentliche Beschaffung in kurz- und mittelfristig zur Novellierung anstehenden Regelwerken dar. Die betreffenden Gesetzgebungen umfassen das Gebäudeenergiegesetz (GEG), die Musterbauordnung des Bundes, die Länderbauordnungen, das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), die Altholzverordnung (AltholzV) und die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) dar.

Weiter wurde der 10-Punkte Plan mit Gesprächsangeboten an wesentliche Entscheidungsträger:innen im BMWSB, BBSR, BMUV, UBA, BMWK, DENA, den Bau- und Umweltausschüssen des Bundes, den Bau- und Umweltministerien der Länder, der Bauministerkonferenz sowie gezielt an Landesvertreter:innen der demokratischen Parteien verschickt. Hierzu haben wir bereits zahlreiche erfolgreiche Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen geführt. Auf Bundesebene fanden Gespräche mit den Büros von MdB Bettina Hoffmann und MdB Kassem Taher Saleh sowie mit MdB Dr. Anja Weisgerber (CDU) aus dem Bau- und Umweltausschuss persönlich statt. Auf Landesebene tauschten wir uns mit MdL Ulrike Sparr, MdL Ursula Sowa, MdL Ulrike Täck, MdL Bina Braun und MdL Nelly Waldeck aus. Zudem konnten wir die 10-Punkte an das BMWSB vorstellen, welches ein großer Erfolg für unsere Arbeit war.

Abfragen bei Bundesländern, Regierungspräsidien, Beschaffungs- und Abfallbehörden

✓ Zum Vollzug der gesetzlichen Getrennthaltungspflicht von Bau- und Abbruchabfällen

Seit dem 1. August 2017 verpflichtet die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) alle Gewerbebetriebe zur getrennten Erfassung und dem Recycling stofflich verwertbarer Abfälle. Um uns ein Bild über die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Vollzugs der GewAbfV und somit der gesetzlichen Getrennthaltungspflicht von Bau- und Abbruchabfällen zu verschaffen, haben wir am 21. August 2023 einen Antrag auf Umweltinformationen bei Bundesländern, Regierungspräsidien und Beschaffungs- und Abfallbehörden gestellt.

✓ Zur Umsetzung des Deponierungsverbots von Baustoffen

Gemäß einer Ergänzung im Absatz 3 des § 7 der Deponieverordnung ist es seit dem 01.01.2024 untersagt, recyclingfähige Baustoffe auf Deponien abzulagern. In der Entsorgungspraxis ist zu beobachten, dass aufgrund verschiedener Auslegungsmöglichkeiten des Gesetzes durch Abfallerzeuger und -besitzer weiterhin verwertbare Baustoffe auf Deponien abgelagert werden. Eine direkte Abfrage unter Umweltministerien der Länder wäre daher aktuell nicht zielführend, da die Auslegung des § 7 DepV geklärt werden muss. Aus diesem Grund haben wir mit einer Anfrage an das BMUV auf Lücken in § 7 Absatz 3 DepV hingewiesen und eine Vollzugshilfe der Bundesländer vorgeschlagen.

✓ Intensive Öffentlichkeitsarbeit zu den Ergebnissen der Behördenabfragen

Um das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz für den unzureichenden Vollzug der Gewerbeabfallverordnung zu sensibilisieren, haben wir am 01.08. die Ergebnisse der Abfrage an das für die Gewerbeabfallverordnung zuständige Referat übermittelt. Hier machten wir darauf aufmerksam, dass nur mit verbindlichen quantitativen und qualitativen Vorgaben Bundesländer einen ausreichenden Vollzug und damit die tatsächliche Getrennthaltung der Bau- und Abbruchabfälle sicherstellen können. Vor dem Hintergrund des Kabinettsbeschlusses zur Novelle der Gewerbeabfallverordnung Ende November 2024 haben wir außerdem in einem Artikel im renommierten Fachmedium EUWID die geplante Gesetzesänderung öffentlich kritisiert und konkrete Verbesserungsmaßnahmen angesprochen. Hierzu plädierten wir besonders für quantitative Vorgaben zur Anzahl von Kontrollen der Getrenntsammlung von Bau- und Abbruchabfällen.

Zusätzlich umgesetzte Aktivitäten zur bisherigen Projektplanung zum Arbeitspaket I:

✓ **NEU - Webinar zur EU-Bauproduktenverordnung (CPR)**

Anlass für die neue Aktivität zur EU-Bauproduktenverordnung (CPR) waren aktuelle Versuche konservativer Kräfte im EU-Parlament, den vom dortigen Umweltausschuss erarbeiteten ambitionierten Vorschlag der CPR deutlich abzuschwächen. Dies betrifft Informationspflichten für Hersteller von Bauprodukten, hohe Mindestanforderungen an das Ökodesign und verpflichtende ökologische Beschaffungskriterien. Deshalb hat die DUH gemeinsam mit Federica Pozzi, Senior Programme Managerin von ECOS am 09.02.23 das Webinar für Umweltverbände durchgeführt. Obwohl unsere anfängliche Intention des Formats eine Infoveranstaltung mit etwa 15 Teilnehmenden war, wurde die Veranstaltung von mehr als 45 Teilnehmenden besucht, darunter viele Umweltverbände (etwa BUND, WWF), ThinkTanks (etwa BPIE, Agora Energiewende), das Umweltbundesamt (UBA), Mitarbeitende von Bundestagsabgeordneten, Vertreter:innen von Länderbehörden und Architekt:innen. Dies belegte den hohen Bedarf an grundlegenden Informationen über die CPR und deren Auswirkungen auf die ökologische Gestaltung des Bau- und Gebäudebereichs, weitere Gesetzgebungen (etwa EPBD), Bereiche (etwa öffentliche Vergabe) oder wesentliche ökologische Instrumente (etwa Umweltsiegel).

✓ **NEU - Gemeinsamer Offener Brief und Pressemitteilung zur CPR**

Im Anschluss an das Webinar wurde ein gemeinsamer Brief zur Sensibilisierung und Verbesserung der CPR an deutsche Entscheidungsträger:innen erstellt und versendet. Dies wurde von einer Pressemitteilung: „Drohende Abschwächung der EU-Bauprodukteverordnung: Deutsche Umwelthilfe fordert mit breitem Bündnis ambitionierte ökologische Standards“ begleitet.

Es war der Sache äußerst dienlich, dass Akteur:innen unterschiedlicher Interessensgruppen gemeinsam an die Politik herantraten. Das Bündnis aus Deutscher Umwelthilfe (DUH) sowie weiteren Verbänden aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft forderte in dem offenen Brief alle EU-Abgeordneten auf, sich für eine ökologisch ambitionierte EU-Bauprodukteverordnung einzusetzen. Auch die Bundesbauministerin Klara Geywitz müsse auf europäischer Ebene ihren Einfluss für eine vollständige Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich geltend machen, forderten die Verbände.

✓ **Neu - Einreichung einer Stellungnahme zum Referentenentwurf der Gewerbeabfallverordnung**

Am 15.05.2024 wurde bei den zuständigen Referatsleitern des BMUVs unsere Stellungnahmen zum Referentenentwurf der Gewerbeabfallverordnung eingereicht. Wir begrüßen das Vorhaben, die Gewerbeabfallverordnung zu novellieren. Damit besteht die Möglichkeit, die Dokumentation sowie den Vollzug der getrennten Sammlung und Entsorgung von Abfällen zu verbessern. In unserer Stellungnahme weisen wir jedoch auf die Unzulänglichkeiten der Novelle hin, insbesondere darauf, dass die verschärften Vollzugsregelungen unbedingt auf Bau- und Abbruchabfälle und Betreiber:innen von thermischen Anlagen ausgedehnt werden müssen. Darüber hinaus halten wir es für inakzeptabel, dass Tätigkeiten des Vollzugs durch Sachverständige ausgelagert werden sollen, da dies letztlich zu einer Selbstkontrolle der zu Kontrollierenden führt. Entsprechend muss der Entwurf dringend nachgebessert werden.

NEU: Teilnahme an der Erarbeitung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) des Bundesumweltministeriums (BMUV)

Im Rahmen der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) nahm die DUH eine aktive Rolle als Stakeholder ein. Zum Auftakt der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie des Bundesumweltministeriums

(BMUV) wurde der 10-Punkte-Plan „Maßnahmen für eine erfolgreiche Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie“ veröffentlicht. Als bundesweit stärkster Verband beim Thema Kreislaufwirtschaft war die DUH in allen Formaten des Stakeholderprozesses der NKWS vertreten, um innovative Kreislaufwirtschaftslösungen für den Bau- und Gebäudebereich zu fördern.

Am 20. April 2023 hat der Stakeholderprozess der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie mit **Spitzengesprächen** begonnen. Die Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz diskutierte die strategische Ausrichtung der NKWS mit Bundesumweltministerin Lemke und weiteren Vertreter:innen aus Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft.

Stoffstromübergreifende Themen wurden in **Dialogplattformen** diskutiert, während spezifische Themen nach Handlungsfeldern an acht Runden Tischen bearbeitet wurden. Darunter nahm die DUH am Runden Tisch zum Thema *Gebäude* sowie am Runden Tisch zum Thema *Öffentliche Beschaffung* teil.

Beim **ersten Runden Tisch Gebäude** wurden die Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung und die Vorschläge der Teilnehmenden zu Maßnahmen und Instrumenten zur Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich diskutiert. Dabei wurden unter anderen die Etablierung von Anreizsystemen für den Einsatz von Sekundärbaustoffen im Hochbau, der digitale Gebäuderessourcenpass und die Rolle der öffentlichen Hand besprochen. Das Bauministerium stellte außerdem seine Arbeitsschwerpunkte für dieses Jahr vor, darunter die Einführung des Gebäuderessourcenpasses und die Entwicklung eines Indikators für Ressourceneffizienz, der in die Plattform ÖKOBAUDAT aufgenommen werden soll. Beim **zweiten Runden Tisch Gebäude** wurden ausgewählte Maßnahmen wie eine Abrissgenehmigung, ein Rückbaukonzept, eine Bauteilsichtung, Anforderungen an die öffentliche Beschaffung oder der Gebäuderessourcenpass diskutiert. Jedoch wurden in der Diskussion ökologische Mindestanforderungen an Gebäude und Baustoffe sowie der Infrastrukturbau nicht adressiert. Der **Runde Tisch Öffentliche Beschaffung** offenbarte die aktuellen Probleme aus der Begleitforschung, etwa Zielkonflikte zwischen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Er brachte aber auch konkrete Vorschläge, wie etwa die Verankerung einer verpflichtenden ökologischen Beschaffung im §97 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie konkrete Maßnahmen zur Verschärfung des §45 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG).

Nach der zweiten Kommentierungsphase der Runden Tische *Gebäude* und *Öffentlichen Beschaffung* an denen wir teilgenommen haben, konnten wir konkrete Forderungen und Vorschläge zu Kreislaufwirtschaft am Bau einfließen lassen. Die aktuellen Zwischenergebnisse der NKWS zeigten jedoch, dass Umwelt- und Klimaschutz im Bau- und Gebäudebereich nicht ausreichend gefördert werden. Hierzu veröffentlichte die DUH eine Stellungnahme zur öffentlichen Kommentierung der NKWS. Im Wesentlichen war der Prozess der NKWS-Erstellung nicht nur zu intransparent und industrienah, sondern die Zwischenergebnisse der NKWS waren auch ambitionslos, unverbindlich und lückenhaft. Obwohl leichte Verbesserungen im Entwurf der NKWS enthalten waren – wie die Halbierung des Rohstoff-Fußabdrucks im Handlungsfeld Bau- und Gebäude, verblieben viele Ziele jedoch vage und ohne Ambitionen oder konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Eine öffentliche Stellungnahme zum Entwurf reichten wir am 09.07. ein und fordern in erster Linie verbindliche Anforderungen an die öffentliche Hand, z.B. die bundesweit verpflichtende Bauteilsichtung und Rückbaukonzepte für die öffentliche Beschaffung. Nachdem am 04.12.24 die NKWS final beschlossen wurde, veröffentlichten wir eine Pressemitteilung, in der wir die aufgeweichten Ziele, die fehlende Verbindlichkeit und den unkonkreten Maßnahmenplan kritisierten.

NEU: Stellungnahme zur Bundes-Holzbaustrategie

Das Bundesbauministerium und das Landwirtschaftsministerium haben am 28. April 2023 gemeinsam einen Entwurf für eine Bundes-Holzbaustrategie vorgestellt. Auf der Veranstaltung konnten wir unsere Position und Anregungen einbringen. Dafür wurde vorab eine Stellungnahme zum ersten Entwurf der Holzbauintiative erstellt. Die Bundes-Holzbaustrategie enthält angemessene Aspekte, wie etwa die verstärkte Nutzung von Holz zur Nachverdichtung und die Notwendigkeit der stofflichen Nutzung von Holz. Dies soll besonders den kreislaufgerechten Umgang mit Hölzern fördern und Kaskadennutzungspotentiale heben. Dies gilt nun zu verstärken und zu konkretisieren. Jedoch fehlt nach unserer Einschätzung gleichzeitig ein Monitoring von Holz sowie ökologische Mindestanforderungen an die Gewinnung oder den Import von Holz.

NEU: Stellungnahme zum Eckpunktepapier der Abfallende-Verordnung

Am 26.01.2024 haben wir unsere DUH-Stellungnahme zum aktuellen Eckpunktepapier der Abfallende-Verordnung bei den zuständigen Referatsleitern des BMUV eingereicht. Wir begrüßen die Aktivitäten, auch wenn sie längst überfällig sind. Das gesetzte Ziel ist das richtige: hochwertige und umweltgerechte Rückführung rückgebauter Baustoffe in den Kreislauf durch ein definiertes Ende des Abfallstatus zu ermöglichen, besonders für den Hochbau. Allerdings weisen wir in der Stellungnahme auf die Unzulänglichkeiten des Eckpunktepapiers hin, insbesondere die fehlenden Regelungen für essentielle Baustoffgruppen, wie Gips, Holz, Dämmmaterial, Fliesen und Keramik, Kunststoff (trotz der Aktivitäten auf europäischer Ebene) und Metalle, einschließlich Legierungen, die nicht bereits über EU-Verordnungen (715/2013 u. 333/2011) geregelt sind, z.B. Zinn. Auch Regelungsgegenstände wie etwa Baustellenverschnitte oder die Klärung/Deklaration von weiteren Nebenproduktgruppen als Nicht-Abfall (z.B. Sägenebenprodukte), werden hervorgehoben. Wir drängen darauf, dass die Verordnung im weiteren Verlauf dringend vervollständigt wird.

NEU: Politischer Abend mit inhaltlichem Fokus zum „10-Punkte-Plan Kreislaufwirtschaft am Bau“ - für das Arbeitspaket I

Angesichts der aktuellen politischen Lage ist eine Vernetzung der Parteien für politische Veränderung im Bau- und Gebäudebereich besonders wichtig. Auch innerhalb der Parteien müssen die Beauftragten und Sprecher:innen für Bauthemen eng mit den Verantwortlichen für Kreislaufwirtschaft zusammen gebracht werden. Deshalb haben wir am 16.05. einen politischen Abend „Kreislaufwirtschaft am Bau umsetzen – Ressourcen schonen und Klima schützen!“ mit MdB Bernhard Daldrup und MdB Kassem Taher Saleh sowie Akteur:innen aus Industrie, Praxis und Zivilgesellschaft veranstaltet. Die Veranstaltung stieß bei unseren Gästen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft auf großes Interesse. Es wurde deutlich, dass es einen verbesserten rechtlichen Rahmen braucht, um die Kreislaufwirtschaft am Bau zu stärken und mehr Ressourcenschutz im Bau- und Gebäudebereich zu erwirken. Es herrschte Einigkeit darüber, dass ein verstärkter Fokus auf den Bestandsbau notwendig ist. Auch muss die öffentliche Hand als zentraler Akteur mit hohen verbindlichen Kreislaufwirtschaftsvorgaben in die Verantwortung genommen werden. Zudem wurde diskutiert, dass es dringend verbindliche Anforderungen zum Einsatz wiederverwendbarer Bauteile und Recyclingbaustoffe, gezielte finanzielle Steuerinstrumente und Fördermaßnahmen braucht, um ressourcenschonende Innovationen zu stärken. Diese Maßnahmen können eine effektive Grundlage für ein kreislaufgerechtes, ressourcenschonendes, klimazielenkonformes Sanieren und Bauen schaffen.

Im Arbeitspaket II:

Einsatz innovativer kreislauffähiger Baustoffe ausweiten

Immer öfter werden von der Politik oder von Bauherr:innen Vorgaben zum Einsatz besonders ökologischer Bau- oder Dämmstoffe gemacht. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass die Einschätzungen zu der

Umweltfreundlichkeit von Bau- oder Dämmstoffen und dem jeweiligen Zweck weit auseinandergehen. Hierdurch werden weitergehende politische Entscheidungen gehemmt, Praxisakteure verunsichert und unter Umständen wichtige Zukunftsentscheidungen verzögert. Als führender Umwelt- und Verbraucherschutzverband im Bereich Gebäude und Kreislaufwirtschaft sehen wir es als unsere Aufgabe, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln. Dazu bedarf es zunächst einer wissenschaftlich basierten und technologieoffenen Definition der umweltrelevanten Kriterien für Bau- und Dämmstoffe – mit besonderem Augenmerk auf die Kreislauffähigkeit.

Umgesetzte Aktivitäten im Arbeitspaket II:

Fachgespräch „Was ist ein ökologischer Baustoff“:

✓ Erfolgreiche Umsetzung des DUH-Fachgesprächs „Was ist ein ökologischer Baustoff?“

Am 22.03.2023 führte die Deutschen Umwelthilfe (DUH) erfolgreich das digitale Fachgespräch „Was ist ein ökologischer Baustoff?“ durch. **Mit mehr als 185 ausgewählten Teilnehmenden** und 230 Anmeldungen **stieß die Veranstaltung auf überdurchschnittlich großes Interesse**. Dies belegt die aktuelle Relevanz, Herausforderung und Notwendigkeit zu klären, was ein umweltgerechter Baustoff ist.

Zusammenfassend hat die Veranstaltung deutlich gemacht, dass trotz der komplexen Frage „Was ist ein ökologischer Baustoff?“ eine umsetzbare Antwort vorliegt, die mithilfe von pragmatischen Maßnahmen den Einsatz von ökologischen Baustoffen fördern kann.

Dafür notwendig sind:

- a) verbindliche und umfängliche Umweltinformationen über Bauprodukte,
- b) produkt- und anwendungsspezifische ökologische Mindestanforderungen und Umweltbewertung
- c) ökologische Grenzwerte auf Bauwerksebene.

Ergänzend müssen die Rahmenbedingungen für den Einsatz von ökologischen Baustoffen vereinfacht werden, etwa durch Anpassung technischer Normen sowie gezielte Fördermaßnahmen für vielversprechende Baustoffe durch Bund und Länder. Die Veranstaltung hat gezeigt, wie es gehen kann, welche Instrumente bereits existieren und wie die Maßnahmen umgesetzt werden können. Mit den aufgezeigten Maßnahmen schaffen wir für alle Akteur:innen Planungs- und Rechtssicherheit, vereinfachen Entscheidungsträger:innen die umweltgerechte Baustoffauswahl und treiben damit die ökologische Bauwende gemeinsam voran.

Impulse aus Praxis, Wissenschaft und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Im ersten Vortrag erläuterte Prof. Roswag-Klinge, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Architektur an der TU Berlin, die Notwendigkeit der ökologischen Auswahl von Bauprodukten. Nicht nur nachwachsende Rohstoffe müssten in Zukunft effizienter für Baustoffe eingesetzt werden, sondern auch das Bauen im Bestand müsse gefördert werden, um die Umweltauswirkungen des Bauens in Zukunft zu minimieren.

Claus Asam, Referent des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), gab anschließend einen Überblick über die Herangehensweise des BBSR sowie über die bereits bestehenden Instrumente, wie etwa das Online-Ökobilanzierungstool (eLCA) von Gebäuden. Dabei wies er auch auf die Einschränkungen sowie eine korrekte Nutzung der Instrumente hin. So sollten etwa Environmental Product Declarations (EPD) von zwei unterschiedlichen Baustoffen nicht unbedacht miteinander verglichen werden.

Elise Pischetsrieder von *weberbrunner architekten* wies in ihrem Vortrag auf die gesamtökologische Betrachtung von Baustoffen unter der Berücksichtigung von Klimaschutz, Ressourcenschutz, Bauökologie und grauer Energie hin. Als Architektin veranschaulichte sie eindrücklich, wie bereits heute eine Baustoffauswahl aus Umweltsicht aussehen kann. Sie zeigte den Umwelteinfluss einzelner Baustoffe in vergleichbaren Konstruktionen etwa am Beispiel eines Wandaufbaus.

Der stellvertretende Leiter Kreislaufwirtschaft der DUH, Philipp Sommer, forderte verbindliche Umweltinformationspflichten über Bauprodukte, produkt- und anwendungsspezifische Mindestanforderungen an Bauprodukte sowie ökologische Grenzwerte (CO₂- und Ressourcenverbrauch) für Bauwerke. Diese Maßnahmen müssen in der EU-Gesetzgebung (u.a. Bauproduktenverordnung, Ökodesign-Verordnung und EU-Gebäuderichtlinie) sowie national (u.a. in der NKWS, über das „Qualitätssiegel nachhaltige Gebäude“) und der öffentlichen Beschaffung für Bund und Länder festgelegt werden. Denn durch verbindliche Mindestanforderungen, wie beispielsweise den Einsatz erneuerbarer Energien oder durch einen Mindestanteil von Post-Consumer-Recyclingmaterialien, werden Bauprodukte umweltfreundlicher gestaltet und kurbeln damit die Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung des Bau- und Gebäudebereichs an.

Fachliche Diskussion zu Grundsatzfragen in Bezug auf ökologische Baustoffe

Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Rolf Buschmann (naturplus e.V.), Dr. Anna Braune (DGNB e.V.), Tim-Oliver Müller (Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.), Prof. Eike Roswag-Klinge (TU Berlin), Claus Asam (BBSR) und Viktor Schödwel (DUH). Der Diskurs verdeutlichte die aktuellen Herausforderungen in der Förderung und Bewertung ökologischer Baustoffe und zeigte gleichzeitig den Weg auf, ökologische Baustoffe in die breite Anwendung zu bekommen.

So betonten Dr. Rolf Buschmann und Dr. Anna Braune die hohe Relevanz umfassender Informationen über die Umweltwirkungen von Baustoffen. Dies ist die Grundlage, um einen Baustoff ganzheitlich ökologisch bewerten zu können. Hierbei können die EPDs als Instrument herangezogen werden, jedoch sei es nötig, diese um Informationen und weitere Indikatoren besonders für den Ressourcenschutz zu erweitern. Beide sind sich einig, dass eine Bewertung auf Baustoffebene sowie nachgelagert auf Gebäude- bzw. Konstruktionsebene möglich und notwendig ist. Dafür gibt es bereits gute Bewertungsinstrumente, wie Labels (etwa Blauer Engel, natureplus) und Gebäude-Zertifizierungen (wie etwa DGNB). Tim Oliver-Müller wies als Stimme der Bauwirtschaft auf die unzureichenden politischen Rahmenbedingungen und Regelwerke, wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz und das Abfallrecht hin, die u.a. den Einsatz von Recyclingbaustoffen in der breiten Anwendung behindern. Prof. Eike Roswag-Klinge hob in der Diskussion die vorhandenen Potenziale im Gipsrecycling und die Substitution mineralischer Baustoffe durch Lehm hervor. Es sei wichtig, den Einsatz von alternativen Baustoffen wie Lehm voranzutreiben, um die Umweltziele überhaupt zu erreichen. Ergänzend zum Vortrag stellte Claus Asam die Entwicklung eines Rohstoffindikators in Aussicht, der zukünftig den Rohstoffaufwand in der Ökobilanz berücksichtigen soll. Abschließend thematisierte Viktor Schödwel aufgrund der dramatischen Situation im Bau- und Gebäudebereich notwendige politische Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Umweltziele. In der NKWS sollten verbindliche Reduktionsziele zur Vermeidung von Primärressourcen festgelegt werden. Zudem sollten in der EU-Bauproduktenverordnung als rechtliche Grundlage für ökologische Baustoffe, verbindliche und umfängliche Umweltinformationen, Mindestanforderungen an Bauprodukte (u.a. Rezyklateinsatz, maximaler CO₂-Fußabdruck) festgelegt werden. Durch ein unabhängiges, wissenschaftliches Experten-Gremium sollten Baustoffe auf Basis von Informationen in Umweltverträglichkeitsklassen eingestuft werden. Herr Schödwel forderte zudem die Einführung von ökologischen Grenzwerten und Absenkpfeilen auf Gebäudeebene, etwa über das Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) oder mithilfe des Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG). Dabei verwies er auf

das Positivbeispiel Dänemark, wo nicht nur für alle Neubauten eine Ökobilanz verpflichtend ist, sondern zusätzlich für Gebäude ab 1000 m² ein verbindlicher CO₂-Grenzwert gilt, der jährlich gesenkt wird.

Viel Zustimmung zur Förderung ökologischer Baustoffe

Es ist deutlich geworden, dass alle Akteur:innen gewillt sind, den Einsatz von ökologischen Baustoffen zu fördern, aber die Bewertung auf Gebäudeebene allein hier nicht ausreicht. Nur im Zusammenspiel mit einer umfangreichen ökologischen Beschreibung von Baustoffen und einer ganzheitlichen Bewertung, kann im notwendigen Maß die ökologische Bauwende vorangetrieben werden.

Erarbeitung eines Infopapiers über wichtige Nachhaltigkeitskriterien von Bau- und Dämmstoffen

✓ Erfolgreiche Veröffentlichung des Infopapiers „Bewertungskriterien für ressourcenschonende und kreislaufgerechte Bauprodukte“

Basierend auf unserem Fachgespräch „Was ist ein ökologischer Baustoff?“ vom 22.03.2023, veröffentlichten wir am 19.12.2024 ein daraus resultierendes Infopapier mit dem Titel „Bewertungskriterien für ressourcenschonende und kreislaufgerechte Bauprodukte“. Nach weiteren Diskussionen haben wir uns entschlossen, das in Arbeit befindliche Infopapier „Was ist ein ökologischer Baustoff?“ auf die Ressourcenschutz- und Kreislaufwirtschaftsaspekte zu fokussieren. Dies hat den Vorteil, dass die aktuelle Fachdiskussion zur kreislaufgerechten Gestaltung und Bewertung von Baustoffen und Bauteilen, wie z.B. dem Gebäuderessourcenpass, gezielt auf die Ressourcenschutz- und Kreislaufwirtschaftskriterien vertieft werden kann. Im Infopapier werden Bewertungskriterien für Bauprodukte vorgestellt, die es Entscheidungsträger:innen aus Politik, Verwaltung, Fachleuten und Beschaffer:innen ermöglichen, Bauprodukte nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft zu bewerten. Die Kriterien beginnen mit Umweltinformationen und Schadstofffreiheit, die als Grundlage für die Kreislaufführung und Bewertung dienen. Weitere Kriterien orientieren sich an der Abfallhierarchie und gewährleisten eine bestmögliche Ressourcennutzung, indem sie von Vermeidung über Wiederverwendung bis hin zu Recycling priorisieren.

✓ Öffentlichkeitsarbeit zum Infopapier

Um das Fachpublikum mit dem Infopapier zu erreichen und damit Orientierung bei der Bewertung der Umweltfreundlichkeit von Bau- und Dämmstoffen in der Praxis zu geben, wurde ein Fachartikel verfasst. In diesem wird auf die konsequente Berücksichtigung von Kreislaufwirtschaftsaspekten bei der Beschaffung von Bauprodukten hingewiesen.

Erstellung einer Projekt-Webseite

✓ Projekt-Webseite erfolgreich erarbeitet, veröffentlicht und aktuell gehalten

Seit dem 23.01.2023 ist die neue Webseite „Kreislaufwirtschaft am Bau“ online: <https://www.duh.de/projekte/kreislaufwirtschaft-am-bau/>. Auf dieser Webseite werden unsere erarbeiteten Projekterfolge kommuniziert und informative Dokumente zur Verfügung gestellt. Die Webseite gibt einen leichtverständlichen Einstieg in die komplexe Thematik der Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich und zeigt die Aktivitäten der DUH zur Verbesserung der kreislaufgerechten Bauwende mithilfe der DBU-Förderung. Die Webseite wurde regelmäßig gepflegt und aktualisiert. Im Anhang findet sich ein Screenshot von der aktuellen Webseite.

Weitere Öffentlichkeitsarbeit:

- ✓ Aktivitäten zum geplanten umweltschädlichen Gipsabbau im Harzer Naturschutzgebiet Questenberg**

- **Offener Brief und Pressemitteilung:** Mittwoch, 26.10.2022 „[Gipsabbau droht einzigartige Naturlandschaften zu zerstören: Umweltverbände fordern Schutz der Artenvielfalt durch Recycling und effizienten Materialeinsatz](#)“
 - Reichweite: 4,3 Mio. | Beiträge: 15
 - Presse Highlights:
 - TV-Beitrag ([MDR Thüringen Journal](#))
 - Radio-Beitrag ([Barbara Metz im Deutschlandfunk](#))
- ✓ **Ressourcenschutz durch Vermeidung von Gebäudeabrissen:**
 - **Pressemitteilung:** Montag, 12.12.2022 [Abrisswahn auf Kosten von Klima stoppen: Deutsche Umwelthilfe und Architects4Future fordern sofortiges Abrissmoratorium und Förderung von Bauen im Bestand](#) –
 - Reichweite: 35,9 Mio. | Beiträge: 49
 - TV-Beiträge: 13
 - Radio-Beiträge: 31
- ✓ **Abrisswahn:**
 - **Pressemitteilung:** Donnerstag, 12.01.2023 [Gegen den klimaschädlichen Abrisswahn: Rechtsgutachten bestätigt Forderung der Deutschen Umwelthilfe nach einer Genehmigungspflicht für Gebäudeabrisse](#)
 - Reichweite: 29,5 Mio. | Beiträge: 141
- ✓ **EU-Bauproduktenverordnung:**
 - Pressemitteilung: 09.03.2023 „[Drohende Abschwächung der EU-Bauproduktenverordnung: Deutsche Umwelthilfe fordert mit breitem Bündnis ambitionierte ökologische Standards](#)“
 - Reichweite: 1,9 Mio. | Beiträge 2
- ✓ **Unterstützung für Kommunen beim nachhaltigen Bauen**
 - Pressemitteilung: 05.05.2023 [Deutsche Umwelthilfe, Technische Universität München und Bildungswerkstatt für Nachhaltige Entwicklung unterstützen Kommunen beim nachhaltigen Bauen](#)
- ✓ **DUH fordert Abrissmoratorium bis es eine Abriss-Genehmigungspflicht inklusive Ökobilanzierung gibt**
 - Pressemitteilung: 16.08.2023 [Abrissmoratorium könnte Millionen Tonnen CO2 einsparen: Deutsche Umwelthilfe dokumentiert mit über 200 Beispielen den Abrisswahn in Deutschland](#)
 - Reichweite 55,9 Mio. | Beiträge 132
 - Radio-Beiträge: 23
- ✓ **Forderung nach Sanierungswelle, um Gebäudedämmung zu verbessern**
 - Pressemitteilung: 25.08.2023 [Sozial- und Umweltverbände appellieren an die Bundesregierung, Hitzeschutzmaßnahmen im Gebäudesektor zu ergreifen](#)
- ✓ **Dauerkonflikt blockiert die bereits beschlossene Umsetzung von zahlreichen sozial-ökologischen Maßnahmen**
 - Pressemitteilung: 22.09.2023 [Bündnis für bezahlbaren Wohnraum: Deutsche Umwelthilfe fordert sozial-ökologischen Neustart und kündigt bis dahin Mitarbeit auf](#)
- ✓ **Maßnahmenpaket der Bundesregierung begünstigt einseitig Immobilienwirtschaft und schafft Klimaschutzmaßnahmen ab**
 - Pressemitteilung: 25.09.2023 [Ampelregierung manifestiert mit Baugipfel klimapolitisches Desaster in der Wohn- und Baupolitik – Deutsche Umwelthilfe legt 10-Punkte-Plan für klimagerechtes und bezahlbares Bauen und Wohnen vor](#)

- Reichweite 66,5 Mio. | Beiträge 238
- TV-Beiträge: 6
- ✓ **Abriss-Atlas mit Informationen zu Bau-, Abrissjahr und Abrissgrund von Gebäuden für besseres Bild des Abrisswahns**
 - Pressemitteilung: 28.09.2023 [Breites Bündnis erarbeitet Abriss-Atlas Deutschland und betont den Wert bestehender Gebäude für Klimaschutz, Baukultur und soziale Räume](#)
 - Reichweite 860.000 | Beiträge 36
 - Radio-Beiträge: 7
- ✓ **Entkernung der europäischen Gebäuderichtlinie**
 - Pressemitteilung: 11.10.2023 [Deutsche Umwelthilfe warnt: Bundesregierung darf klimapolitischen Crashkurs im Gebäudesektor nicht auf EU-Ebene fortsetzen](#)
- ✓ **Blockierung ökologischer Bauwende**
 - Pressemitteilung: 28.11.2023 [Kniefall vor der Bau-Lobby: Bauministerkonferenz bremst ökologische Bauwende durch fünfjährigen Vorschriftenstopp aus](#)
- ✓ **10-Punkte-Plan**
 - Pressemitteilung: 14.12.2023 [10-Punkte-Plan mit Einsparpotential von bis zu 60 Millionen Tonnen CO2 im Bausektor: Deutsche Umwelthilfe fordert verpflichtende Vorgaben für kreislauffähiges Bauen, Wiederverwendung und Recycling](#)
- ✓ **Katastrophale CO₂-Bilanz im Gebäudesektor**
 - Pressemitteilung: 04.01.2024 [Deutsche Umwelthilfe kritisiert katastrophale CO2-Bilanz im Gebäude- und Verkehrssektor](#)
- ✓ **Tag der Bauindustrie**
 - Pressemitteilung: 05.06.2024 [Deutsche Umwelthilfe zum Tag der Bauindustrie: „Bundesregierung katapultiert Baupolitik zurück in Vergangenheit und riskiert Klimaschutz und Bezahlbarkeit“](#)
- ✓ **Entwurf Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie**
 - Pressemitteilung: 24.06.2024 [Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie: Deutsche Umwelthilfe unterstützt Ziel zur Halbierung des Verbrauchs von Primärrohstoffen, fordert jedoch mehr Verbindlichkeit und ambitioniertere Maßnahmen](#)
 - Reichweite: 1,4 Mio. | Beiträge: 1 (davon 1 OTS)
- ✓ **Verabschiedung Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie**
 - Pressemitteilung: 04.12.2024 [Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie: Deutsche Umwelthilfe kritisiert aufgeweichte Ziele, fehlende Verbindlichkeit und unkonkreten Maßnahmenplan](#)
- ✓ **Leitfaden zur öffentlichen Beschaffung**
 - Pressemitteilung: 19.12.2024 [Großer Hebel zur Erreichung der Klimaziele: Deutsche Umwelthilfe fordert verpflichtende Vorgaben für kreislauffähiges Bauen bei öffentlichen Aufträgen](#)

Zusätzlich umgesetzte Aktivitäten zur bisherigen Projektplanung zum Arbeitspaket II:

NEU: Netzwerkgespräch „Kreislaufwirtschaft am Bau“

Im Zuge der aktuellen politischen Prozesse ist ein regelmäßiger Austausch für Vertreter:innen aus Politik, Industrie und Forschungsinstituten zu vielen Themen der Kreislaufwirtschaft am Bau besonders relevant. Aus diesem Grund wurde die Netzwerkgesprächsreihe „Kreislaufwirtschaft am Bau“ initiiert, deren übergeordnetes Ziel es ist, Synergien zu nutzen, um ökologische Innovationen im Bau- und Gebäudebereich voranzutreiben. Am 15.11.2023 fand das erste Netzwerktreffen zum Thema „Massenbilanzierungsverfahren im Baubereich – Potentiale & Herausforderungen in der Anwendung“ statt. Auf fachlicher Ebene haben wir mit Expert:innen aus der Chemieindustrie, Hersteller:innen, Forschungsinstituten, Behörden und Zivilgesellschaft über das Massenbilanzierungsverfahren diskutiert und den Austausch zur weiteren Meinungsbildung genutzt. Das Format bestand aus drei Impulsreferaten, in denen unterschiedliche Perspektiven vorgestellt werden. Anschließend hat das Fachpublikum aktuelle Herausforderungen, Potentiale und Mindestanforderungen an die Anwendung des Massenbilanzierungsverfahren in offener Runde diskutiert. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg mit wertvollen Beiträgen zur Diskussion.

Im Arbeitspaket III:

Arbeitspaket III: Ökologische Beschaffung umsetzen

Die öffentliche Beschaffung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene muss endlich eine Vorreiterrolle beim Einsatz innovativer kreislauffähiger Bau- und Dämmstoffe, Bauteile und Bauprozessen einnehmen. So ist die öffentliche Beschaffung ein wichtiger Hebel, um ausreichend Nachfrage und Planungssicherheit für Investitionen in die ökologische Verbesserung von Herstellungs-, Rückbau- und Recyclingverfahren zu schaffen. Auch wenn in der öffentlichen Beschaffung zum Teil Nachhaltigkeitsprinzipien angewendet werden, sind die dafür genutzten Bewertungssysteme, wie etwa Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) oder Blauer Engel bisher nicht ausreichend. Insbesondere fehlt oft eine Betrachtung der mit der Herstellung und Entsorgung der Baustoffe verbundenen Umweltauswirkungen. Diese könnten vorwiegend durch eine Kreislaufführung von Bau- und Dämmstoffen reduziert werden. Um die Kreislauffähigkeit von Baustoffen zu bewerten, könnten zukünftig Kriterien zur Anwendung kommen, die u.a. die Rückbaubarkeit oder den Rezyklatanteil von Baustoffen bewerten. Um sowohl öffentliche als auch private Beschaffungsstellen bei der Auswahl besonders umweltfreundlicher Materialien und Bauprodukte zu unterstützen, sollten in einem ersten Schritt bereits vorhandene Bewertungssysteme analysiert werden. Darauf basierend sollten Empfehlungen zu deren Weiterentwicklung sowie beispielhafte Vergabe- bzw. Zuschlagskriterien für nachhaltige Bauprodukte und -praktiken entwickelt und etabliert werden.

Umgesetzte Aktivitäten im Arbeitspaket III:

Fachgespräch „Wie kann die öffentliche Hand die ökologische Bauwende vorantreiben?“:

- ✓ **Erfolgreiche Umsetzung des Fachgesprächs „Wie kann die öffentliche Hand die ökologische Bauwende vorantreiben?“**

Am 04.10.2023 führte die DUH erfolgreich das digitale Fachgespräch „Wie kann die öffentliche Hand die ökologische Bauwende vorantreiben?“ durch. Mit mehr als 100 Teilnehmenden (130 Anmeldungen) stieß die Veranstaltung auf großes Interesse.

In dem Fachgespräch wurde deutlich, dass die aktuelle Rechtsgrundlage eine nachhaltige Beschaffung bereits heute weitgehend ermöglicht, aber eine ökologische Beschaffung von Bauleistungen nicht ausreichend

vorschreibt. Für die Förderung der ökologischen Beschaffung bedarf es daher dringend mehr Verbindlichkeiten und klare Leitplanken mit gleichzeitiger Unterstützung für die Beschaffenden. Denn bundesweit einheitliche und verbindliche Vorgaben unterstützen Vergabeprozesse, fördern Umweltschutz, geben Planungssicherheit für Unternehmen und können Beschaffer:innen entlasten.

Im Fachgespräch wurden folgende Maßnahmen aufgebracht und diskutiert:

1. Umweltgerechte Beschaffung muss neben Wirtschaftlichkeit zum Grundsatz in der öffentlichen Beschaffung werden
2. Bund und Ländern müssen verbindliche Rahmenbedingungen für die ökologische öffentliche Beschaffung von Bauaufträgen festlegen
3. Höchster Standard ans ökologische Sanieren und Bauen muss bundesweit zum verbindlichen Mindeststandard für die öffentliche Hand gemacht werden
4. Einführung eines CO₂ Schattenpreises für Bauaufträge
5. Praktisch anwendbare Unterstützungsangebote, Leitkriterien und gezielte Förderung für Beschaffer:innen müssen eingeführt werden

Um diese Maßnahmen effektiv umzusetzen, bedarf es einer Vernetzung zwischen den Wirtschafts-, Bau- und Umweltministerien, um gemeinsam mit Ländern und Kommunen die ökologische Beschaffung gesetzlich zu verankern. Die aktuellen politischen Prozesse wie das Vergabetransformationspaket, das Bündnis bezahlbares Wohnen, die Holzbaustrategie des Bundes oder die NKWS müssen entsprechend genutzt werden, um die öffentliche Hand zum Vorreiter der ökologischen Bauwende zu machen.

Spannende Impulse aus Recht und Beschaffungspraxis

Im ersten Vortrag erläuterte **André Siedenberg**, Fachanwalt für Vergaberecht, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine ökologische Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich. Den Teilnehmenden präsentierte er mögliche Stellschrauben für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in Bauvergaben. Herr Siedenberg verdeutlichte dabei auch die Bedeutung des nachhaltigen Planens. Dabei spielen nicht nur die Planungsbüros, sondern auch die Leistungsbeschreibung für ein Bauprojekt eine entscheidende Rolle bei der Förderung ökologischer Beschaffung. Diese Leistungsbeschreibungen können bereits ökologische Anforderungen enthalten, wie z.B. die Verwendung nachhaltiger Baustoffe. Darüber hinaus plädierte Siedenberg dafür, Lebenszykluskosten wie den Energieverbrauch in die Bewertung des wirtschaftlichsten Angebots für ein Bauprojekt einzubeziehen. Das bedeutet, dass nicht nur der unmittelbare Preis, sondern auch die langfristigen Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung eines Gebäudes berücksichtigt werden sollten. Um perspektivisch ökologischer zu planen, zu sanieren und zu bauen, reiche die reine Preisbewertung von Angeboten nicht aus.

Sebastian Schmidt, Referent der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz der Stadt Berlin gab anschließend einen Überblick über die öffentliche Beschaffung in Berlin. Die Stadt Berlin hat mit dem Energie- und Klimaschutzprogramm, dem Abfallwirtschaftskonzept und dem Ausschreibungs- und Vergabegesetz einen rechtlichen Rahmen für Umwelt- und Klimaschutz geschaffen. Darunter verfolgt Berlin beispielsweise die Zero Waste Strategie für Bauabfälle. Sebastian Schmidt stellte anhand der Berliner Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt die konkreten Vorgaben für ökologisches Bauen und Sanieren vor. Darunter zählen ein verpflichtendes Recyclingkonzept für Neubauten, die Sicherung und Trennung von Stoffströme wie Gips beim Rückbau von Gebäuden und die Förderung von Recyclingbeton.

Senior Expert für Kreislaufwirtschaft der DUH, **Viktor Schödwell**, verdeutlichte die dramatische Lage in Gebäude- und Baubereich sowie die verpasste Vorreiterrolle der öffentlichen Hand in der ökologischen Bauwende. Er forderte verbindliche Rahmenbedingungen für eine ökologische öffentliche Beschaffung, ökologische Mindestanforderungen an Bauaufträge der öffentlichen Hand und Unterstützungsangebote für Beschaffer:innen. Zunächst muss der Umweltschutz grundsätzlich im Vergaberecht verankert werden, indem Umweltgerechtigkeit - neben der Wirtschaftlichkeit - als Prinzip der öffentlichen Beschaffung etabliert wird, etwa im §97 im GWB. Weiter müssen für die ökologische Vergabe notwendige Rahmengesetze auf Bundes- und Länderebene festgelegt werden, die Ziele und Grenzwerte für Klima- und Ressourcenschutz vorgeben, wie etwa in Berlin. Diese Rahmenbedingungen schaffen die Grundlage, die Vergabe auf diese Ziele ausulegen. Zudem erlauben sie später den Beschaffenden sich beim Beauftragen von ökologischeren Bauleistungen auf die Umweltziele rechtsicher zu beziehen. Er betonte, dass es absurd sei, dass bereits vorherrschende ökologische Standards, wie etwa das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ (BNB) oder das „Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude“ (QNG), nicht der verbindliche Mindeststandard für die öffentlich Beschaffung seien. Um Beschaffenden nicht mit den neuen Anforderungen allein zu lassen, müssen praktische Unterstützungsangebote geschaffen werden. Beispiele dafür wäre eine „ökologische Best-Practice Sammlung“ für Produkte und Bauleistungen, bestehend aus einem Produktpool basierend auf Umweltsiegeln von Typ I (wie Blauer Engel oder natureplus) oder Musterausschreibungen für Bauleistungen. Eine zentrale Stelle zu Umweltfragen in der Beschaffung von Bauvorhaben, etwa durch den Ausbau der Kompetenzstelle Nachhaltige Beschaffung in Zusammenarbeit mit dem BBSR würden Beschaffenden ergänzend unterstützen.

Fachliche Diskussion zur öffentlichen Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich

Bei der Podiumsdiskussion mit Dr. Benjamin Häusinger (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz), Alexander Böttcher (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Schleswig-Holstein), Rachid Jaghou (Stadtverwaltung Krefeld), Katrin Mees (Zentralverband Deutsches Baugewerbe) und Barbara Metz (DUH), wurden die aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung der ökologischen öffentlichen Beschaffung beleuchtet und gleichzeitig ein Weg aufgezeigt, wie die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle bei der ökologischen Bauwende übernehmen kann.

Dr. Benjamin Häusinger gab einen Überblick über die Ziele des Vergabetransformationspakets, mit dem öffentliche Vergabeverfahren vereinfacht, beschleunigt und digitalisiert werden sollen. Das Wirtschaftsministerium hatte unterschiedliche Maßnahmen überprüft, wie z.B. die Einführung eines Gütesiegels, um die Ziele des Vergabetransformationspakets zu erreichen. Perspektivisch sollen verpflichtende Vorgaben die Arbeit der Beschaffer:innen zwar vereinfachen, dennoch soll die Gestaltungsfreiheit gewahrt werden.

Alexander Böttcher betonte in der Diskussion, dass die Gesetzgebung ein nachhaltiges Bauen bereits zulässt, die Beschaffer:innen jedoch für die Umsetzung konkrete Vorgaben benötigen. Herr Böttcher sieht den CO₂-Schattenpreis als geeignetes Instrument, insbesondere für die Länder, um umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen bei Bauvorhaben zu fördern. In diesem Zusammenhang verwies Herr Böttcher auf Baden-Württemberg, das mit der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes als erstes Bundesland einen verbindlichen CO₂-Schattenpreis eingeführt hat, der bei Bauvorhaben zu berücksichtigen ist.

Aus kommunaler Sicht konnte **Rachid Jaghou** die ökologische Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich am Beispiel der Stadt Krefeld skizzieren. Derzeit stünden jedoch zahlreiche Kommunen vor der Herausforderung, dass Planungsbüros kaum Kapazitäten haben, um die gewünschten Nachhaltigkeitskriterien bei Bauprojekten umzusetzen. Infolgedessen sei ein Umdenken und eine Weiterbildung in Richtung ökologisches Bauen und Sanieren nicht nur bei den Beschaffer:innen, sondern auch in den Planungsbüros nötig. Herr Jaghou sieht

allgemein eine große Notwendigkeit den Bestandsbau zu adressieren, denn ökologische Standards seien meist nur auf den Neubau ausgerichtet und blenden den Bestand komplett aus. Einfache und praktische Förderprogramme des Bundes für ökologisches Sanieren und Bauen können den Kommunen helfen, ihre Rolle als Motor der ökologischen Bauwende voranzutreiben.

Katrin Mees wies als Stimme der Bauwirtschaft auf die unzureichenden verbindlichen Vorgaben für die öffentliche Hand hin. Damit die Bauwirtschaft die ökologische Bauwende umsetzen könne, forderte Frau Mees langfristige, ökologische und verbindliche Vorgaben für die öffentliche Hand, die Planungssicherheit für Unternehmen bieten. Außerdem soll die öffentliche Hand ihre Vorreiterrolle einnehmen und die bereits vorhandenen ökologischen Umweltstandards, wie das QNG verbindlich verwendet werden. Darüber hinaus werden derzeit zu viele Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) deponiert, was sowohl auf die geltende Mantelverordnung als auch auf den häufigen Ausschluss von Sekundärbaustoffen aus Vergabeverfahren zurückzuführen ist. Die verfügbaren RC-Materialien müssen jetzt von der öffentlichen Hand aktiv abgenommen und das Ressourcenschutzpotential genutzt werden.

Die Bundesgeschäftsführerin der DUH, **Barbara Metz**, unterstrich die Dringlichkeit der Einführung verbindlicher ökologischer Standards für Bau- und Sanierungsprojekte in der öffentlichen Hand. Sie betonte, dass die Hebung des Umweltschutzpotenzials im Bau- und Gebäudebereich unter anderen über die Förderung von ökologischen und recycelbaren Baustoffen, die Sanierung bestehender Gebäude sowie die Bereitstellung kleinteiliger Förderprogramme für Kommunen erfolgen solle. Frau Metz wies auf das große Innovationspotential im Bau- und Gebäudebereich hin, das jedoch aufgrund von fehlender Verbindlichkeit in der Vergabe, ungenutzt bliebe. Die Zeit der ökologischen Pilotprojekte sei vorbei und müsse endlich zum Standard werden.

Die Diskussion zeigte viel Zustimmung für mehr Verbindlichkeit für die öffentliche Hand

Die Diskussion zeigte deutlich, dass es mehr Verbindlichkeiten für die öffentliche Hand braucht, um die ökologische Bauwende voranzutreiben. Im Zusammenspiel mit übersichtlichen Förderprogrammen, der Fokussierung auf das Bauen im Bestand und der Ausschöpfung der Potenziale im Vergabeprozess, wie etwa über den CO₂-Schattenpreis, können die Umwelt- und Klimaschutzpotenziale im Bau- und Gebäudebereich gehoben werden. Gleichzeitig wird es notwendig sein, weitere Aspekte der Vergabe, wie etwa die Gestaltungsfreiheit mitzudenken und ggf. Abstriche dessen auszuhandeln.

Organisation eines „Webinars“ zur ökologischen Beschaffung von Baustoffen

- ✓ **Erfolgreiche Umsetzung des digitalen Webinars „Vergabekriterien und Unterstützung für eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung im Bau- und Gebäudebereichs“**

Am 25.09. hat unser Webinar zur öffentlichen Beschaffung mit dem Titel „Vergabekriterien und Unterstützung für eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich“ erfolgreich stattgefunden. Mit über 65 Teilnehmenden aus dem Bereich der öffentlichen Beschaffung war es eine gut besuchte Veranstaltung.

Impulse aus Umweltsicht, Vergaberecht, umweltfreundlicher Beschaffungspraxis und Vorstellung von Lösungsansätzen

Im Vordergrund standen drei Fachimpulse zur Umsetzung kreislaufgerechten Bauens aus vergaberechtlicher Sicht, lokaler Beschaffungspraxis und Umweltperspektive.

Veronika Lell, Projektmanagerin bei der DUH, stellte im ersten Vortrag Empfehlungen zur Verbesserung der umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich aus Sicht der DUH vor. Im Fokus stand dabei die Erschließung von Ressourcenschutzpotenzialen, wie beispielsweise durch die Erstellung eines Rückbauplans auf Basis einer Bauteilsichtung, den verstärkten Einsatz von Recyclingmaterialien mittels materialspezifischer Quoten und Vorgaben, die Einführung eines Zirkularitätskonzepts als Vergabegrundlage sowie die Priorisierung des Bestandserhalts durch einen ökobilanziellen Vergleich gegenüber dem Neubau. Anhand von Praxisbeispielen zeigte Frau Lell zudem vorbildliche Ansätze für eine kreislaufgerechte Beschaffung von Bauleistungen auf.

Im zweiten Vortrag erläuterte **André Siedenberg**, Fachanwalt für Vergaberecht, die juristischen Rahmenbedingungen für eine umweltfreundliche Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich. Er zeigte Stellschrauben für ökologische Nachhaltigkeit auf und betonte die Rolle von Planungsbüros und Leistungsbeschreibungen, die ökologische Anforderungen wie den Einsatz nachhaltiger Baustoffe enthalten können. Zudem plädierte er dafür, die Lebenszykluskosten, wie etwa den Energieverbrauch in die Bewertung des wirtschaftlichsten Angebots einzubeziehen, da eine reine Preisbewertung nicht ausreicht, um langfristig ökologisch zu planen und zu bauen.

Im letzten Vortrag stellte **Sara Lux**, Koordinatorin für Nachhaltiges Bauen beim Zentralen Gebäudemanagement Krefeld, erste Schritte zur Umsetzung des umweltschonenden Bauens in der öffentlichen Bauverwaltung vor. Sie ging auf die Einführung von Nachhaltigkeitsstandards in der Stadt Krefeld ein, die sich am Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) und der DGNB (Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen) orientieren. Die vorgestellten Pilotprojekte, wie der Bau einer Feuerwache oder den Umbau von Kindertagesstätten, zeigen die praktische Umsetzung dieser Standards, u.a. durch den Einsatz von Recyclingmaterialien und kreislauffähiger Konstruktionen. In Zukunft sollen diese Ansätze auf alle städtischen Bauprojekte ausgeweitet und durch Netzwerke mit Fachleuten und anderen Kommunen unterstützt werden.

Gestaltungsfreiheit in der Vergabe nutzen

Das Webinar machte deutlich, dass die öffentliche Hand im Rahmen ihrer Beschaffung und des Vergabeprozesses zahlreiche Möglichkeiten hat, Umweltschutzpotenziale im Bau- und Gebäudebereich zu heben. Dazu eignen sich Instrumente wie das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG), preisbezogene Ansätze wie Lebenszykluskosten oder ein CO₂-Schattenpreis im Vergabeprozess. Auch der Bestandserhalt und der Einsatz von Sekundärmaterialien bieten erhebliches Potenzial, um die ökologischen Ziele zu erreichen und sollten daher in den Fokus gerückt werden.

- ✓ **Erarbeitung und Veröffentlichung einer Analyse von bereits vorhandenen ökologischen Bewertungssystemen für die Beschaffung von nachhaltigen Bau- und Dämmstoffen & Erarbeitung beispielhafter Vergabekriterien bzw. Leitlinien für die Ausschreibung und Auswahl innovativer kreislauffähiger Baustoffe durch die öffentliche Hand**

Der Leitfaden zur „Integration von Kreislaufwirtschaftskriterien in die öffentliche Beschaffung von Bauleistungen“ wurde erfolgreich mit einer Pressemitteilung veröffentlicht.

In diesem Arbeitspaket wurden bestehende Bewertungssysteme analysiert und konkrete Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der öffentlichen Beschaffungspraxis abgeleitet. Während die Analyse bestehender Systeme wichtige Erkenntnisse darüber liefert, wie nachhaltige Bauprodukte derzeit bewertet werden und wo es bereits gute Lösungen oder Ansätze gibt, bietet der Leitfaden eine praxisorientierte Anleitung zur Anwendung, Verbesserung und Ergänzung dieser Bewertungskriterien in der öffentlichen

Beschaffung. Diese Kombination schafft eine umfassende Grundlage, die sowohl die bestehenden Instrumente aufzeigt und bewertet als auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung und Integration von Kreislaufwirtschaftsaspekten in die Baupraxis liefert. Zusätzlich werden bereits umgesetzte Praxisbeispiele vorgestellt, die Beschaffenden als Orientierungshilfe dienen können.

Unter anderem bietet der Leitfaden wichtige Informationen zur ganzheitlichen Lebenszyklusanalyse, Einführung des CO₂-Schattenpreises, Pre-Demolition Audit (PDA), der Wiederverwendung von Bauteilen, dem Einsatz von Recycling-Baustoffen und Zirkularitätskonzepten. Damit bietet der Leitfaden eine umfassende Orientierung, um Beschaffende auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden und kreislaufgerechten Baupraxis zu unterstützen.

✓ **Anschreiben an öffentliche Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und Kommunen sowie an große privatwirtschaftliche Beschaffer:innen**

In einem weiteren Schritt wurde der Leitfaden an die Vertreter:innen von über 600 Kommunen, die Liegenschaftsämter der Länder und die Klimaschutzmanager:innen der Kommunen versendet. Ergänzend wurden Schreiben an BMWSB, das BBSR, das BMUV, das UBA, das BMWK, die DENA, die Bau- und Umweltausschüssen des Bundes, die Bau- und Umweltministerien der Länder, die Bauministerkonferenz sowie an Landesvertreter:innen der demokratischen Parteien verschickt. Es werden im weiteren Schritt Gespräche mit kommunalen Vertreter:innen der öffentlichen Hand erwartet.

✓ **Abfragen bei Bundesländern, Regierungspräsidien, Beschaffungsämtern und Abfallbehörden zur**

- › **Umsetzung der Bevorzugungspflicht für nachhaltige Bau- und Dämmstoffe**
- › **aktuellen kreislaufgerechten Baupraxis**

In einer Abfrage nach dem Umweltinformationsgesetz (=UIG) haben wir die Landesregierungen von Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg aufgefordert, Informationen zu den Beschaffungskriterien ihrer öffentlichen Bauaufgaben bereitzustellen. Die Abfragen wurden angepasst, um ein besseres Verständnis für die öffentliche Beschaffung von Bauleistungen in Deutschland zu erhalten. So können verschiedene Best-Practice-Beispiele konkreter aufgezeigt und andere Bundesländer bei der Integration von Kreislaufwirtschaftskriterien in der öffentlichen Beschaffung unterstützt werden.

✓ **Öffentlichkeitsarbeit zu den Ergebnissen der Behördenabfragen**

Auch die Ergebnisse der Behördenabfragen sind in die Erarbeitung des Leitfadens „Integration von Kreislaufwirtschaftskriterien in die öffentliche Beschaffung von Bauleistungen“ eingeflossen. Der Leitfaden wurde sowohl auf der Projekt-Webseite veröffentlicht als auch an über 1000 Kontakte, wie z.B. wichtige Akteur:innen aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, versendet, wodurch eine sehr hohe Reichweite erzielt werden konnte.

Zusätzlich umgesetzte Aktivitäten zur bisherigen Projektplanung zum Arbeitspaket III:

✓ **NEU – Erarbeitete Stellungnahme zur öffentlichen Konsultation zur Transformation des Vergaberechts ("Vergaberechtstransformationspaket") des BMWK – vorab für das Arbeitspaket III**

Mit einem immensen Einkaufsvolumen von bis zu 500 Mrd. Euro hat die öffentliche Hand in Deutschland ein großes Potential, durch eine gezielte Nachfrage nach klimafreundlichen, ressourcenschonenden und kreislaufgerechten Produkten und Dienstleistungen den Klima- und Umweltschutz voranzutreiben und entscheidende Markimpulse zu setzen. Eine ökologische Beschaffung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene kann zudem eine wichtige Signal- und Vorbildwirkung für die Umsetzung einer umweltgerechten Beschaffung für die Privatwirtschaft ausüben. Zudem schafft die ökologische Beschaffung Nachfrage und

Planungssicherheit für Unternehmen, die mit Skalen- und Lerneffekten ihre ökologischen Produkte und Dienstleistungen vorantreiben können.

Das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium hat das Vergaberecht überarbeitet. Wir haben uns aktiv in den Konsultations- und Stakeholder-Prozessen eingebracht. Um eine konsequent ökologische Transformation der öffentlichen Beschaffung zu bewerkstelligen, hat sich die DUH mit der erarbeiteten Stellungnahme dafür eingesetzt, dass die ökologische Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich vereinfacht wird. Mit der Veröffentlichung der Referentenentwürfen zur Reform des Vergaberechts, haben wir ergänzend am 1.11.24 eine ausführliche Stellungnahme eingereicht. In der Stellungnahme wird die Notwendigkeit verbindlicher Ziel- und Grenzwerte zur Ressourcenschonung, insbesondere im Baubereich, betont. Darüber hinaus plädieren wir für die Einführung eines CO₂-Schattenpreises, die Erweiterung der Negativliste besonders umweltbelastender Produkte, die nicht beschafft werden dürfen, sowie verbindliche Ökodesign-Anforderungen, wie etwa die Recyclingfähigkeit von Produkten. Diese Maßnahmen müssen dringend im Vergabepaket berücksichtigt werden.

5. Kostenabwicklung

Die Ausgaben befinden sich im Rahmen des bewilligten Finanz- und Kostenplans. Für die erfolgreiche Umsetzung der geplanten und ausgeführten Aktivitäten sind hauptsächlich Kosten für das Personal, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Veranstaltungen angefallen. Im bewilligten Projektzeitraum gab es notwendige personelle Anpassungen, die rechtzeitig an die DBU kommuniziert und freigegeben wurden. Die inhaltliche Projektarbeit wurde von Barbara Metz, Thomas Fischer, Philipp Sommer, Viktor Schödwell und Dr. Marieke Hoffmann betreut. Das Projektteam wurde von Marlen Bachmann für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und von Didem Sentürk für die Grafik unterstützt. Die Auszahlung der Mittel erfolgte anhand von 5 Mittelabrufen und verlief reibungslos.

6. Zeitplanung

Aus Sicht der DUH wird der Projektverlauf als positiv bewertet. Die meisten Aktivitäten wurden wie geplant umgesetzt und durch politisch notwendige zusätzliche Aktivitäten ergänzt, die in der Grafik aufgezeigt sind.

Projektplan		Projektmonate																								
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Arbeitspakete																										
Rechtsrahmen für innovative Baustoffe verbessern																										
1	Organisation FG „Mehr Recycling von Baustoffen“																									
	Erarbeitung Positionspapier																									
	Abfrage - Vollzug																									
	Abfrage - Deponierungsverbot																									
	NEU: Webinar und Brief zur EU-Bauproduktenverordnung																									
	NEU: Teilhabe Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie																									
	NEU: Stellungnahme Bundes- Holzbaustrategie																									
	NEU: Stellungnahme BMUV Eckpunktepapier AbfallendeV																									
	NEU: Einreichung der Stellungnahme zum Referentenentwurf der Gewerbeabfallverordnung																									
	NEU: Parlamentarisches Abend zum "10-Punkte-Plan Kreislaufwirtschaft am Bau"																									
Einsatz innovativer kreislauffähiger Baustoffe ausweiten																										
2	Organisation FG „Was ist ein nachhaltiger Baustoff?“																									
	Erarbeitung Infopapier																									
	Erstellung & Updates einer Projekt-Webseite																									
	NEU: Netzwerkgespräch "Kreislaufwirtschaft am Bau"																									
Ökologische Beschaffung umsetzen																										
3	NEU: Stellungnahme BMWK Konsultation ökol. Beschaffung																									
	Organisation FG „Ökologische Beschaffung stärken“																									
	Abfrage - Bevorzugungspflicht																									
	Abfrage - aktuelle Baupraxis																									
	Analyse ökologischer Bewertungssysteme																									
	Erarbeitung beispielhafter Vergabekriterien/Leitlinien																									
	Organisation „Webinar - ökol. Beschaffung“																									
Anschreiben an öffentliche Beschaffungsstellen																										
Meilensteine																										
1	Durchführung FG „Mehr Recycling von Baustoffen“																									
2	Veröffentlichung & ÖA Positionspapier																									
3	Durchführung FG „Was ist ein nachhaltiger Baustoff?“																									
4	Veröffentlichung & ÖA Abfrageergebnisse																									
5	Veröffentlichung & ÖA Infopapier																									
6	Veröffentlichung & Update der Projekt-Webseite																									
7	Durchführung FG „Ökologische Beschaffung stärken“																									
8	Veröffentlichung & ÖA Analyse ökol. Bewertungssysteme																									
9	Veröffentlichung & ÖA Vergabekriterien																									
10	Durchführung „Webinar - ökol. Beschaffung“																									

Abbildung 1 Dunkelgrün = Meilenstein umgesetzt; Hellgrün = in Bearbeitung; Gelb = neue Aktivität; Dunkelbau = geplanter Meilenstein; Hellblau = geplante Bearbeitung.

7. Erfüllung von Bewilligungsaufgaben

Hier ist eine Auswahl an Veröffentlichungen mit dem DBU-Logo aufgelistet. Alle anderen Materialien, die mit dem DBU-Logo gekennzeichnet sind, stehen der DBU zur Verfügung.

Auf der Webseite:

Abfälle und kaum ökologische Anforderungen bei der Errichtung öffentlicher Gebäude.

Zielsetzung für die Kreislaufwirtschaft am Bau:



Kreislaufwirtschaft am Bau umsetzen - Ressourcen schonen und Klima schützen!

Klimazielkonformes und ressourcenschonendes Bauen muss zum Standard werden. In unserem **10-Punkte-Plan** zeigen wir, wie Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich den Klima- und Ressourcenschutz auf eine neue Stufe heben kann. Dafür braucht es geeignete rechtliche Rahmenbedingungen und eine ganzheitliche Betrachtung der Umweltfolgen. Insbesondere müssen

Kontakt



Viktor Schödwell
Senior Expert
Kreislaufwirtschaft
E-Mail: [Mail schreiben](#)

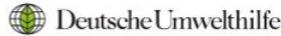


Thomas Fischer
Bereichsleiter
Kreislaufwirtschaft
E-Mail: [Mail schreiben](#)

gefördert durch



www.dbu.de



Einladung: Fachgespräch zur Bewertung und Förderung von ökologischen Baustoffen
„Was ist ein ökologischer Baustoff?“

am 22.03.2023 von 14:00 bis 17:00 Uhr als Videokonferenz via Zoom

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bausektor ist der ressourcenintensivste Sektor – knapp 40 Prozent des gesamten Rohstoffkonsums in Deutschland werden für den Bau von Gebäuden und Infrastruktur benötigt. Abbau, Herstellung, Errichtung und Entsorgung von Baustoffen ist mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden. Der wachsende Bedarf an Materialien für Infrastruktur und Wohnraum beschleunigt die Umweltkrisen und zwingt zu schnellen und zielgerichteten Regelungen für Klima- und Umweltschutz im Bau- und Gebäudesektor.

Für die Förderung eines ressourcenschonenden, klimazielkonformen und kreislaufgerechten Bau- und Gebäudebestands braucht es ökologische Baustoffe. Hierbei sind vergleichbare Umweltinformationen, eindeutig definierte ökologische Mindestanforderungen, anwendungsorientierte Bewertungssysteme bzw. Siegel sowie verbindliche Rahmenbedingungen besonders wichtig und schaffen eine Vergleichbarkeit zwischen den Baustoffen. Mithilfe definierter Grenzwerte für Klima- und Ressourcenschutz für Bauwerke bzw. Gebäude kann so technologieoffen die stets ökologischste Variante gewählt werden.

In diesem Fachgespräch möchten wir ein gemeinsames Verständnis mit Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft entwickeln, wie eine ökologische Bewertung und Auswahl von Baustoffen aussehen kann. Fundierte Impulsreferate geben einen Überblick über bestehende Umweltkriterien, Bewertungssystematiken und ökologische Leitlinien. Mit einer anschließenden politischen Diskussion sollen grundsätzliche Fragen und potentielle Lösungen diskutiert werden, wie etwa: Was sind wesentliche ökologische Leitlinien für Baustoffe? Welche Mindestanforderungen an Baustoffe sowie ökologische Grenz- bzw. Zielwerte für Bauwerke sollten gesetzt werden? Wie können umweltrelevante Zielkonflikte aufgelöst werden? Was ist für die Anwendung ökologischer Baustoffe in der breiten Praxis notwendig?

Über Ihre Teilnahme am Fachgespräch würden wir uns sehr freuen. Melden Sie sich hierzu bitte bis zum 21. März 2023 über das Online-Formular auf unserer Webseite <https://www.duh.de/projekte/fachgesprach-oeKOlogische-Baustoffe/> an. Gerne können Sie den Termin auch an Interessierte weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Barbara Metz
 Bundesgeschäftsführerin der
 Deutschen Umwelthilfe e.V.



Einladung: Fachgespräch zur Förderung der ökologischen Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich
„Wie kann die öffentliche Hand die ökologische Bauwende vorantreiben?“

am Mittwoch, den 04. Oktober 2023 von 14:00 bis 17:00 Uhr als Videokonferenz via Zoom

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bau- und Gebäudebereich trägt in ganz erheblichem Umfang zur Verschärfung der Umwelt- und Klimaprobleme bei. Auf den Bau, Betrieb und Entsorgung von Infrastruktur und Gebäuden fallen allein 55 Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen und deren Ressourcenverbrauch ist für etwa 30 bis 40 Prozent des Biodiversitätsverlusts verantwortlich. Der öffentlichen Hand kommt bei der ökologischen Bauwende eine besondere Rolle zu. Sie verfügt nicht nur über ein Gesamtauftragsvolumen von 500 Milliarden Euro, sondern ist auch der größte Bauherr in Deutschland. Doch bislang fehlen in der öffentlichen Beschaffung notwendige Mindestanforderungen an Klimazielkonformes, ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Sanieren und Bauen.

Um die Umwelt- und Klimaschutzpotenziale im Bau- und Gebäudebereich zu heben, ist eine konsequente Umsetzung der ökologischen Beschaffung durch die öffentliche Hand unerlässlich. Hierbei müssen die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen, Unterstützungsangebote für Beschaffer:innen sowie wirtschaftliche Anreize entwickelt werden. In der Folge würde nicht nur unmittelbar die Umwelt geschützt, sondern auch die Nachfrage nach nachhaltigen Bauprodukten gesteigert, Planungssicherheit für Unternehmen geschaffen und über Skalen- und Lerneffekte die Kosten für das ökologische Bauen gesenkt werden.

Im Rahmen unseres Fachgesprächs möchten wir deshalb gemeinsam mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden diskutieren, wie die ökologische öffentliche Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich implementiert und zur Umsetzung gebracht werden kann. Mit fundierten Impulsreferaten und Best-Practice-Beispielen wird es einen fachlichen Input geben, der im Anschluss auf einem Panel politisch diskutiert werden wird. Anschließend möchten wir gemeinsam mit Ihnen in einer offenen Diskussion Wege zur Förderung der ökologischen Beschaffung erörtern. Leitfragen sind dabei: Wie können Bund, Länder und Kommunen ihrer Vorreiterrolle in der ökologischen Bauwende gerecht werden? Welche ökologischen Mindestanforderungen müssen in der öffentlichen Beschaffung an Bauprodukte sowie Bau- und Serviceleistungen gestellt werden? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen müssen wie angepasst werden, um die umweltgerechte öffentliche Beschaffung umzusetzen? Wie können die Beschaffer:innen bei der ökologischen Beschaffung unterstützt werden?

Über Ihre Teilnahme am Fachgespräch würden wir uns sehr freuen. Melden Sie sich hierzu bitte bis zum 3. Oktober 2023 über das Online-Formular auf unserer Webseite <https://www.duh.de/projekte/fachgesprach-oeffentliche-beschaffung-bau/> an. Gerne können Sie den Termin auch an Interessierte weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Barbara Metz
 Bundesgeschäftsführerin der
 Deutschen Umwelthilfe e.V.



Veranstaltungsort Online via Zoom Die Einwahldaten erhalten Sie nach der Anmeldung per E-Mail.	Organisation Deutsche Umwelthilfe e.V. Bundesgeschäftsstelle Berlin Hackescher Markt 4 10178 Berlin	Ansprechpartnerin Shalaja Weber Projektassistentin Kreislaufwirtschaft Tel.: 030 2400867-414 E-Mail: s.weber@duh.de
---	--	--

Veranstaltungsort Online via Zoom Die Einwahldaten erhalten Sie nach der Anmeldung per E-Mail.	Organisation Deutsche Umwelthilfe e.V. Bundesgeschäftsstelle Berlin Hackescher Markt 4 10178 Berlin	Ansprechpartnerin Shalaja Weber Projektmanagerin Kreislaufwirtschaft Tel.: 030 2400867-414 E-Mail: s.weber@duh.de
---	--	--



Einladung zum digitalen Webinar:
Vergabekriterien und Unterstützung einer umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich
 am Mittwoch, den 25. September 2024 von 10:00 bis 11:15 Uhr via Zoom

Sehr geehrte Damen und Herren,

die öffentliche Hand spielt als größter Bauherr in Deutschland eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu umweltschonenderem Bauen. Durch den Umfang ihrer Beschaffung und als Vorbild für private Akteure kann sie maßgeblich dazu beitragen, nachhaltige Baupraktiken zu etablieren und voranzutreiben. Es zeigen sich bereits positive Bestrebungen, jedoch beschränken sich solche bislang auf Einzelfälle und reichen daher nicht aus. Die öffentliche Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich ist komplex, sodass gezielte Unterstützung erforderlich ist.

Um eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung zu vereinfachen, braucht es klare Leitplanken, mehr Verbindlichkeit bei gleichzeitiger Unterstützung der Beschaffenden – insbesondere auf kommunaler Ebene. Einheitliche und verbindliche Vorgaben unterstützen Vergabeprozesse, fördern Umweltschutz und können Beschaffer:innen entlasten. Zudem geben sie Unternehmen Planungssicherheit, sich darauf auszurichten und entsprechende Angebote und Infrastrukturen auszubauen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir uns im Rahmen eines kostenfreien Webinars mit öffentlichen und auch privaten Beschaffenden gerne über folgende Fragen austauschen:

- Welche ökologischen Mindestanforderungen können in der öffentlichen Beschaffung an Bau- und Serviceleistungen gestellt werden und wie lassen sich diese im Vergabeprozess verankern?
- Welche Unterstützungsangebote bei der ökologischen Beschaffung gibt es für Beschaffer:innen?
- Welche bereits bestehenden Best-Practice-Beispiele zeigen schon heute positive Effekte?

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung zum Webinar. Bitte melden Sie sich hierzu bis zum 23. September 2024 über die folgende Mailadresse s.weber@duh.de formlos an. Gerne können Sie den Termin auch an Interessierte weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen,
 Thomas Fischer

Bereichsleiter für Kreislaufwirtschaft



Einladung: Politischer Abend zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich
Politischer Abend: Kreislaufwirtschaft am Bau umsetzen – Ressourcen schonen und Klima schützen!

am Do, 16.05.2024 von 18:00 bis 20:00 Uhr bei der Deutschen Umwelthilfe mit anschließendem Get-Together

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Baubranche ist der ressourcenintensivste Wirtschaftsbereich in Deutschland. Etwa 40 Prozent des gesamten Rohstoffverbrauchs in Deutschland werden für den Bau von Gebäuden und Infrastruktur benötigt. Der Verbrauch von Rohstoffen führt zu dramatischen negativen Umweltauswirkungen: Allein die Herstellung, Verarbeitung und Entsorgung von Baustoffen für Gebäude verursachen bereits 8 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen und etwa 30 bis 40 Prozent des weltweiten Biodiversitätsverlusts ist dem Ressourcenverbrauch durch die Baubranche zuzurechnen. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft kann entscheidend gegenwirken und einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten: Bis 2045 könnten durch ambitionierte Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft im Hoch- und Tiefbau 60 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente vermieden, 60 Millionen Tonnen Ressourcen eingespart und 1 Million Hektar weniger Land verbraucht werden.

Auf unserem politischen Abend möchten wir diskutieren, wie kreislaufgerechtes Sanieren und Bauen gestärkt und die Wertstoffgewinnung aus dem Rückbau gefördert werden kann. Gemeinsam mit politischen Sprecher:innen für Baupolitik sollen aktuelle Herausforderungen betrachtet und ganzheitliche Lösungsansätze entwickelt werden. Denn eine zukunftsgerichtete Kreislaufwirtschaft für den Bau- und Gebäudebereich muss verstärkt politische Berücksichtigung werden, wie etwa in der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie, der Bundesholzbaustoffstrategie oder in der Maßnahmenumsetzung des Bündnisses Bezahbarer Wohnraum. Leitfragen der Diskussion sollen sein: Wie können wir eine funktionierende Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudebereich erreichen? Welcher neuen rechtlichen Rahmenbedingungen und Anreize bedarf es, um kreislaufgerechtes Sanieren und Bauen zu stärken? Wie kann die öffentliche Hand bei der Beschaffung von Bauleistungen ihrer Vorreiterrolle gerecht werden? Wie kann die Wertstoffgewinnung aus dem Rückbau gestärkt werden und zu mehr Wiederverwendung von Bauteilen und Rezyklateinsatz im Hochbau führen?

Sie können sich bis zum 09. Mai 2024 formlos bei meiner Kollegin s.weber@duh.de anmelden.

Mit freundlichen Grüßen,

Barbara Metz
 Bundesgeschäftsführerin der
 Deutschen Umwelthilfe e.V.



Veranstaltungsort Online via Zoom Die Einwahldaten erhalten Sie nach der Anmeldung per E-Mail.	Organisation Deutsche Umwelthilfe e.V. Bundesgeschäftsstelle Berlin Hackescher Markt 4 10178 Berlin	Ansprechpartnerin Shalaja Weber Projektmanagerin Kreislaufwirtschaft Tel.: 030 2400867-414 E-Mail: s.weber@duh.de
---	--	--

Veranstaltungsort Dachgeschoss Hackescher Markt 4 10178 Berlin	Organisation Deutsche Umwelthilfe e.V. Bundesgeschäftsstelle Berlin Hackescher Markt 4 10178 Berlin	Ansprechpartnerin Shalaja Weber Projektmanagerin Kreislaufwirtschaft Tel.: 030 2400867-414 E-Mail: s.weber@duh.de
--	--	--

In Präsentationen:



Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen öffentlichen Beschaffung
für Bund, Länder und Kommunen im Bau- und Gebäudebereich

04.10.2023

Viktor Schödwell | Senior Expert | Deutsche Umwelthilfe e.V.

04.10.2023 | Fachgespräch | „Wie kann die öffentliche Hand die ökologische Bauwende vorantreiben?“



Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Kreislaufwirtschaft am Bau

18.11.2022

Viktor Miruchna | Referent für Kreislaufwirtschaft | Deutsche Umwelthilfe e.V.

18.11.2022 | DUH Fachgespräch: Mehr Recycling von Baustoffen ermöglichen



Umdenken – Umnutzen – Umbauen

28.09.2023

Barbara Metz | Bundesgeschäftsführerin | Deutsche Umwelthilfe e.V.

28.09.2023 | 3. Netzwerktagung Gebäudeforum Klimaneutral | Klimaneutraler Gebäudebestand – zukunftsfähig gestalten



„Wie sollte Klima- und Ressourcenschutz auf Bauproduktenebene für den Bau- und Gebäudebereich geregelt werden“

22.03.2023

Philipp Sommer | Stellv. Leiter Kreislaufwirtschaft | Deutsche Umwelthilfe e.V.

22.03.2023 | DUH Fachgespräch „Was ist ein ökologischer Baustoff?“



Öffentliche Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich: Ökologische Mindestanforderungen an Bau- und Serviceleistungen

25.09.2024

Veronika Lell | Projektmanagerin | Deutsche Umwelthilfe e.V.

25.09.2024 | Webinar | Vergabekriterien und Unterstützung einer umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung im Bau- und Gebäudebereich

8. Ausblick

2023 und 2024 waren baupolitisch intensive und wichtige Jahre, in denen die Kreislaufwirtschaft erstmals stärker in den Fokus rückte. Durch das DBU-geförderte Projekt konnten Impulse gesetzt und Vorschläge sowie Lösungen erarbeitet werden, die als Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen dienen und zur Verringerung der Umweltauswirkungen des Baubereichs beitragen können.

Durch die vielfältigen Aktivitäten in den drei Projektschwerpunkten ist es gelungen, klare Ziele für eine ressourcenschonende, kreislauffähige und klimafreundliche Bauweise in Deutschland zu formulieren, in die politische Diskussion einzubringen und diese somit auch zukünftig zu beeinflussen. Insbesondere für die Schaffung politischer Rahmenbedingungen und die Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bau- und Gebäudereich wird die Bundestagswahl im Frühjahr 2025 von entscheidender Bedeutung sein, um die angestoßenen Prozesse weiterzuentwickeln und zu verankern. Die gewonnenen Erkenntnisse und Positionen sind eine wichtige Voraussetzung, um die anstehenden Entwicklungen weiter mitzugestalten und gezielte Impulse für politische Maßnahmen zu geben. Dabei kann die Deutsche Umwelthilfe auf ein breites Netzwerk von Akteur:innen aus Forschung, Wirtschaft, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie der Zivilgesellschaft zurückgreifen, das sie während der Projektlaufzeit aufgebaut hat.

Es wurden außerdem wichtige Impulse zur Etablierung ressourcenschonender und kreislauffähiger Bauprodukte gegeben, die nun aktiv vorangebracht werden können. Die Arbeiten zur umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung haben nicht nur den Beschaffer:innen eine solide Grundlage für die Berücksichtigung von Kreislaufwirtschaftsaspekten gegeben, sondern auch der Deutschen Umwelthilfe zu einer vertieften Expertise in diesem Bereich verholfen. Durch einen kontinuierlichen Dialog, praxisorientierte Empfehlungen sowie Politik- und Lobbyarbeit wird sich die DUH auch in Zukunft für die Etablierung der Kreislaufwirtschaft in der öffentlichen Beschaffung und im Baubereich einsetzen.

9. Anhang

Kreislaufwirtschaft am Bau



Bau und Rückbau von Gebäuden verursachen 8 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen. Der Bausektor verbraucht 90 Prozent der mineralischen Rohstoffe und erzeugt gleichzeitig mehr als die Hälfte des gesamten Abfallstroms. Unser wachsender Bedarf nach Baumaterialien wie Zement, Stahl, Sand, Kunststoffen und Holz zerstört wertvolle Naturräume. Nur wenn es uns gelingt, mit Baustoffen umweltschonend umzugehen und sie im Kreislauf zu halten, können wir der Klimakrise, dem Ressourcenmangel und dem Artensterben etwas entgegensetzen.

Die Kreislaufwirtschaft am Bau steckt allerdings noch in den Kinderschuhen. Viel zu oft werden Gebäude unnötig abgerissen und unter hohem Materialeinsatz neu gebaut. So entstehen gewaltige Mengen Abfall, die zum Großteil verbrannt, deponiert oder verfüllt werden. Nur ein Bruchteil der 229 Millionen Tonnen Bauabfälle aus dem Baubereich werden aufbereitet und hochwertig wiedereingesetzt. Bislang bestehen lediglich 13 Prozent der eingesetzten Baustoffe aus Recycling-Materialien. Die fehlende

Downloads und Dokumente

- PDF
**10-Punkte-Plan:
Kreislaufwirtschaft am Bau
umsetzen**
- PDF
**Leitfaden Kreislaufwirtschaft
bei öffentlichen
Baufträgen**
- PDF
**Infopapier
Bewertungskriterien
kreislaufgerechte
Bauprodukte**
- PDF
**Handlungsempfehlungen für
kreislaufgerechte
Dämmstoffe**

Abbildung 1: Screenshot der neuen Projekt-Webseite, Stand: 20.12.2024

¹ Umweltbundesamt, 2019: „Energieeffizienz von Wohngebäuden steigt – aber immer langsamer“ <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/energieeffizienz-von-wohngebaeuden-steigt-aber>

& Rüter, 2017: „Vortrag 2. Akteursforum im Projekt StaR-Dämm, Umweltrelevanz des Bausektors – Holz“

² Rüter, 2017: „Vortrag 2. Akteursforum im Projekt StaR-Dämm, Umweltrelevanz des Bausektors – Holz“

³ Umweltbundesamt, 2024: „Abfallaufkommen“ - <https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/abfallaufkommen>

⁴ Umweltbundesamt, 2021: „Handlungsfelder zur Steigerung der Ressourceneffizienz – Potenziale, Hemmnisse und Maßnahmen“ - https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-02-25_texte_32-2021_handlungsfelder_ressourceneffizienz.pdf